

Warum es um die „Mumien“ einsam wird

Das Ende der Legende vom „anständig“ gebliebenen Auswärtigen Amt

Von **Norbert Frei** und **Annette Weinke**

Mit einer bunten Hochglanzbroschüre blickte das Auswärtige Amt 1995, damals noch in Bonn, auf sein 125jähriges Bestehen zurück. Über die Zeit des „Dritten Reiches“ verlor die hausgemachte Festschrift nicht viele Worte: Zwar zeige die kleine Zahl aktiver Hitler-Gegner, dass das Amt insgesamt kein „Hort des Widerstandes“ gewesen sei. Genauso wenig aber könne es als verlängerter Arm der SS gelten. Die Wahrheit liege wohl „irgendwo in der Mitte“¹. Das galt intern offenbar als Erkenntnisfortschritt gegenüber der Selbstbeschreibung zum hundertsten Amtsjubiläum 1970, als man sich noch seiner „starken Beteiligung“ am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 gebrüstet hatte.² Dabei konnte jeder, der die Wahrheit wissen wollte, seit den frühen Nachkriegsjahren wissen: Der Auswärtige Dienst war für Verfolgung, Krieg und Völkermord mitverantwortlich gewesen – und zwar mitnichten allein in Gestalt der seit 1933 neu hinzu gekommenen SS- und Parteimitglieder, sondern aus seinem Kern heraus. Dieser nämlich war, anders als eine früh entfaltete Legende es wollte, keineswegs „gesund“ geblieben.

Zunächst und vor allem hatte der Nürnberger Wilhelmstraßenprozess, der im April 1949 nach 169 Verhandlungstagen zu Ende gegangen war, an der Tatbeteiligung des Auswärtigen Amtes keinen Zweifel gelassen. Doch anders als im Rest der Welt stieß das Urteil der amerikanischen Richter, die nicht als Rächer nach Deutschland gekommen, sondern sogar nach Auffassung der Verteidiger Ernst von Weizsäckers ausgesprochen fair aufgetreten waren, in der jungen Bundesrepublik auf eine Mauer der Ablehnung. Man verweigerte sich den Befunden des Gerichts wie den Erkenntnissen erster wissenschaftlicher Publikationen, die es erlaubt hätten, sich ein realistisches Bild von den Diplomaten und ihren Verbrechen zu machen: so zum Beispiel der 1953 erschienene Darstellung über die „Endlösung“ aus der Feder des englischen Historikers Gerald Reitlinger oder der frühen monographischen Studie über „The Wilhelmstrasse“ von Paul Seabury aus dem Jahre 1954.

1 125 Jahre Auswärtiges Amt. Festschrift, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1995, S. 96.

2 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870-1970, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1970, S. 45.

Beide Bücher³ lagen bereits seit 1956 auf Deutsch vor. Ebenfalls noch in den fünfziger Jahren waren die beklemmenden Dokumentationen von Léon Poliakov und Joseph Wulf erschienen, gefolgt von den Arbeiten von Raul Hilberg (1961, deutsch allerdings erst 1982), Christopher Browning (1978, deutsch 2010 [!]) und Hans-Jürgen Döscher (1987), um nur die wichtigsten zu nennen.⁴ Doch aller fortschreitenden Forschung zum Trotz folgte die öffentliche Wahrnehmung in der Bundesrepublik⁵ über Jahrzehnte hinweg dem früh stilisierten und immer wieder nachpolierten Selbstbild des Amtes.

In der schlagartigen Zerstörung dieses Bildes liegt vermutlich der hauptsächliche Grund für das enorme mediale Echo, das der Bericht der Unabhängigen Historikerkommission gefunden hat.⁶ Jedenfalls wurde dem Band in den wenigen Wochen seit seiner offiziellen Übergabe an den amtierenden Außenminister Guido Westerwelle am 28. Oktober 2010 ein Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und Medienpräsenz zuteil, das, so erklären Branchenkenner, historische Sachbücher nur selten und institutionengeschichtliche Darstellungen so gut wie nie erreichen. Zugleich deutet (unbeschadet aller Vorzüge des Buches, an die wir als Mitautoren gerne glauben wollen) manches darauf hin, dass der Grund für die hohe Beachtung nicht allein seinem Inhalt geschuldet ist. Wie schon in der „Nachruf-Affäre“, die im Frühjahr 2005 den Auslöser für die Einsetzung der Historikerkommission durch den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer bildete, geht es offensichtlich nach wie vor um mehr als nur um die strittige Bewertung historischer Vorgänge oder um die Usancen amtlicher Traditionspflege.

Die Mobilisierung der alten Eliten

Manches spricht dafür, die jetzige Entwicklung als das Ergebnis einer jahrzehntelang eher unterschwellig geführten Kontroverse zu verstehen, deren Ursprünge bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichen und deren vergangene Aktualisierungsschübe sich inzwischen in den Sedimenten des kollektiven Gedächtnisses abgelagert haben. Grob gesagt, kreisten diese Auseinandersetzungen um die nach dem Ende des „Dritten Reiches“ zunächst durchaus weit verbreitete, dann aber effektiv „vergessene“ Ansicht, dass sich die traditionellen deutschen Führungsschichten durch ihre Mitwirkung an den Regimeverbrechen schwer kompromittiert und eigentlich auf Dauer delegitimiert hatten. Gegen diese Auffassung, die vor allem die amerikanische

3 Gerald Reitlinger, *The Final Solution. The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939-1945*, London 1953; Paul Seabury, *The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats Under the Nazi Regime*, Berkeley und Los Angeles 1954.

4 Léon Poliakov und Joseph Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin 1955; dies., *Das Dritte Reich und seine Diener*, Berlin 1956; dies., *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959; Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, New York 1961; Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940-1943*, New York 1978; Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987.

5 Im Ausland sah die Sache, wie schon die aufgeführten Publikationen zeigen, deutlich anders aus.

6 Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.

Besatzungsmacht vertrat, die aber auch unter den Deutschen ihre Anhänger fand, machten die Betroffenen ebenso rasch wie wirkungsvoll mobil: mit einer systematischen Desavouierung der alliierten Politik der Entnazifizierung, begleitet von ebenso gezielter wie aggressiv vernebelnder Agitation gegen eine angebliche Kollektivschuldthese. Ergebnis dieser Anstrengungen war eine weitgehende Selbstrehabilitierung der alten Funktionseliten. Diese wiederum resultierte in einem moralisch anspruchslosen Umgang mit der NS-Vergangenheit, an dem sich seit den späten 50er und dann vor allem in den 60er Jahren die Kritik der nachwachsenden Generationen entzündete. Gerade weil diese Kritik aber langfristig so ungemein erfolgreich war, lenkte sie in gewisser Weise davon ab, dass sich unterhalb eines sich zusehends entfaltenden kritischen Geschichtsbewusstseins ältere nationalapologetische Restbestände hielten – und zwar keineswegs nur unter den Angehörigen der Aufbaugeneration.

Erklärungsbedürftig an der aktuellen Diskussion über die Geschichte des Auswärtigen Amtes ist daher nicht nur, warum sie nicht eher geführt wurde; erklärungsbedürftig sind auch die zeittypischen Verschiebungen und Ausblendungen der vergangenen Jahrzehnte. Nur schwer scheint sich, jedenfalls in einer breiteren Öffentlichkeit, die Erkenntnis durchzusetzen, dass das freiheitlich-demokratische System der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich von Eliten aufgebaut wurde, die sich erst langsam – und vielfach nur aufgrund äußeren Drucks – von autoritären Denkmustern, nationalistischen Überzeugungen und antisemitischen Grundeinstellungen zu lösen vermochten.

Alte und neue Deutungskämpfe

So wenig anzunehmen war, dass die Deutungskämpfe der „alten“ Bundesrepublik bereits erledigt sind, nur weil die zeitgeschichtliche Forschung mittlerweile begonnen hat, sich auch der zweiten Hälfte der „Ära Kohl“ zuzuwenden, so wenig war doch zu erwarten, dass ausgerechnet ein Buch über das Auswärtige Amt zum Auslöser einer neuen Diskussion über die Kontinuität der Funktionseliten werden könnte. Verfolgt man aber die Leserbriefspalte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, so scheint jedoch genau dies der Fall zu sein. Dafür spricht auch eine Wortmeldung auf „Spiegel online“, wo Staatssekretär a. D. Wolfgang Ischinger, Jahrgang 1946, dieser Tage das Kunststück fertig brachte, sich mit Blick auf die aus dem Kommissionsbericht zu ziehenden Konsequenzen zwar irgendwie von den „Achtundsechzigern“ zu distanzieren, deren erinnerungspolitische Leistungen aber gleichwohl für das Amt in Anspruch zu nehmen: „Natürlich wussten wir Attachés, dass das AA keine weiße Weste hatte, wir wussten auch von den Globkes und Müller-Roschachs: Meine Jahrgangskollegen waren doch selbst Achtundsechziger und überaus geübt im Stellen kritischer Fragen!“⁷ Angesichts des offenkundig erfolgreichen Aufbaus eines neuen Auswärtigen Amtes bei gleichzeitig ebenso offen-

7 Wolfgang Ischinger, Die Nebelwerferei sollte hinter uns liegen, in: „Spiegel Online“, 5.11.2010.

kundiger Elitenkontinuität gehörte es zu den Ausgangsüberlegungen unserer Kommission, den Blick nicht in erster Linie auf die bekannten Gründungsdaten der Bundesrepublik und ihrer Institutionen, sondern vielmehr auf jene Leerstelle im kollektiven Gedächtnis zu lenken, als die sich die Phase der alliierten Besatzungsherrschaft inzwischen weithin darstellt. Anders gesagt: Es ging uns darum auszuloten, mit welchen jüngst zurückliegenden Erfahrungen und mit welchem mentalen Gepäck die Diplomaten des „Dritten Reiches“ in der jungen Bundesrepublik ankamen.

Wer so fragt, dem wird schnell deutlich, dass die vormaligen Beamten der Wilhelmstraße, dem Sitz des alten Berliner Auswärtigen Amtes, auch in den Jahren zwischen 1945 und 1949 keineswegs – und vielleicht noch weniger als andere „Ehemalige“ – in erster Linie passive „Betroffene“ von Entnazifizierung, Internierung und strafrechtlicher Verfolgung durch die Alliierten waren. Das alles gab es, aber das später gern gezeichnete Selbstbild, wonach man in privaten Rückzugsräumen, aller Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten beraubt, lediglich zu „überwintern“ suchte, bedarf der Korrektur: Den meisten gelang es schon nach kurzer Zeit, beruflich wieder Fuß zu fassen, indem sie in einer der neu entstehenden westdeutschen Verwaltungen unterkamen – oder ihre Dienste gleich den Besatzungsmächten antrugen.

Nicht zuletzt ihre langjährigen Kenntnisse der Verhältnisse im stalinistischen Moskau ließen deutsche Diplomaten bereits in der ersten Phase der Besatzung zu begehrten Gesprächspartnern der westlichen Alliierten und ihrer Geheimdienste werden. Wie ihre Expertenkollegen aus Wehrmacht, Wissenschaft und SS machten sich etliche Angehörige der Wilhelmstraße die Wissbegierigkeit und den zunehmenden Antikommunismus amerikanischer Regierungsstellen gezielt zu Nutze. Mehr noch als die dabei an den Tag gelegte Geschmeidigkeit überrascht das aus den Akten ersichtliche Selbstbewusstsein, mit dem die Deutschen, die soeben einen Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg „im Osten“ geführt und verloren hatten, den Amerikanern entgegentraten.

Sofern sie nicht das Pech hatten, auf einer der alliierten Kriegsverbrecherlisten zu stehen oder im kommunistischen Herrschaftsbereich in Gefangenschaft zu geraten, mussten sich die Diplomaten den in den Westzonen üblichen Entnazifizierungsprozeduren unterziehen. Die Chancen, daraus fleckenlos hervorzugehen, standen anfangs gerade für ehemalige Angehörige des höheren Dienstes eher schlecht. Das spiegelte sich auch in einer Aufstellung, die Fritz Kolbe, der als einer von ganz wenigen Mitarbeitern des AA konsequent Widerstand geleistet hatte, kurz nach Kriegsende dem amerikanischen Geheimdienstchef in Bern, Allen Dulles, übergab: Kolbe galten mehr als zwei Drittel seiner Ex-Kollegen als „belastet“; lediglich neun höhere Beamte aus dem alten Amt hielt er für uneingeschränkt weiterverwendungsfähig.

Angesichts der Aussicht, im Zuge der Entnazifizierung mit einer bis zu zehnjährigen Berufsbeschränkung oder dem Verlust des gesamten Privatvermögens belegt zu werden, bildeten sich rasch Zirkel, in denen über gemeinsame Abwehrstrategien beraten wurde. Es braucht nicht viel Phantasie um sich vorzustellen, worauf diese hinausliefen: Während die individuellen Lebensläufe

bis zur Unkenntlichkeit geglättet wurden, hauchte man jeder Nebensächlichkeit den Geist gemeinsamer Widerständigkeit ein, so lange sich aus ihr nur irgendein Indiz der Regimeferne herauslesen ließ. Vor allem aber wurde kräftig frisiert und gelogen, und zwar beim Ausfüllen der berüchtigten Fragebögen nicht weniger als bald danach vor den Spruchkammern.

Der gute Diplomat: „anständig“ und „unpolitisch“

Ein markantes Beispiel dafür ist der Fall des späteren Bonner Spitzendiplomaten Franz Krapf, dessen verhinderteter Nachruf 2005 den Aufstand der Pensionäre gegen Joschka Fischer auslösen sollte: Als 22-jähriger war Krapf 1933 Mitglied der SS und drei Jahre später Mitglied der NSDAP geworden. Seit 1938 im Diplomatischen Dienst, war er während des Krieges Mitarbeiter der Tokioter Botschaft und im Rang eines Untersturmführers auch für den Sicherheitsdienst der SS tätig, was er bei seiner Rückkehr nach Deutschland 1947 allerdings verschwieg. Darüber hinaus behauptete er, 1939 aus der SS ausgetreten zu sein. Als die Amerikaner die deutschen Behörden auf Widersprüche in Krapfs Einlassungen aufmerksam machten, entzog er sich seinem Entnazifizierungsverfahren durch eine vorübergehende Flucht nach Schweden, dem Heimatland seiner Ehefrau. Bereits 1951 gelang ihm aber die Rückkehr in das wieder entstehende Auswärtige Amt. Im Lauf seiner langen Karriere wurde er schließlich Botschafter an seinem alten Dienort in Tokio und leitete zuletzt die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO.

Betrachtet man die Entnazifizierung der deutschen Diplomatie vor dem Hintergrund ihrer verbrecherischen Mittäterschaft, so erscheint diese Prozedur als eine gigantische Exkulpationsschleuse, aus der über kurz oder lang selbst Schwerstbelastete als „entlastet“ hervorgingen. Nicht ein einziger Diplomat, der ursprünglich als „Hauptschuldiger“ oder „Schuldiger“ klassifiziert worden war, verblieb am Ende in einer dieser beiden Gruppen. Verglichen mit dem Durchschnitt der westdeutschen Bevölkerung schafften es die vormaligen Angehörigen des Auswärtigen Dienstes fast doppelt so häufig in die Kategorie der „Entlasteten“. Nur diejenigen, die nach Auffassung ihrer Kollegen gegen einen – freilich recht flexibel interpretierbaren – internen Kodex verstoßen hatten (indem sie sich zum Beispiel als Denunzianten an die Gestapo wandten), mussten damit rechnen, dass ihnen niemand einen „Persilschein“ schrieb.

Der Nachkriegsdiskurs der „Anständigkeit“ hatte in dieser weitherzigen wechselseitigen Entschuldungsbereitschaft – die freilich keine Spezialität der ehemaligen Diplomaten war, sondern für die Funktionsebenen insgesamt galt – seinen Ursprung. Er strukturierte in den folgenden Jahrzehnten nicht nur das öffentliche und private Sprechen über den Nationalsozialismus, sondern er beschrieb zugleich eine Haltung, die sich mit dem Selbstbild des „unpolitischen Beamten“ als weitgehend kompatibel erwies: Indem man sich auf die Tradition des vorgeblich neutralen, „anständig“ gebliebenen Fachbeamtenberufs berief, konnte nicht nur jede Mitverantwortung für den rassistischen Antisemitismus und die Gewaltpolitik des Nationalsozialismus abgewiesen, son-

dem auch die Legitimität der Mitarbeit am neu aufzubauenden Staatsdienst begründet werden.

United States vs. Ernst von Weizsäcker et al. – das heimliche Gründungsereignis der Bonner Republik

Dass die Siegermächte dem Auswärtigen Amt besondere Aufmerksamkeit schenkten, wenn es um die Frage der juristischen Schuld an Krieg und Genozidverbrechen ging, lässt sich zunächst daran ablesen, dass im Nürnberger „Hauptkriegsverbrecherprozess“ die beiden Außenminister des „Dritten Reiches“, Konstantin von Neurath und Joachim von Ribbentrop, auf der Anklagebank saßen. Wurde das Urteil gegen Neurath (15 Jahre Haft) in Diplomatentreisen mit ziemlichem Gleichmut, das gegen Ribbentrop (Tod durch den Strang) sogar mit Zustimmung aufgenommen, so formierte sich augenblicklich Widerstand, als sich abzeichnete, dass in einem der amerikanischen Nachfolgeprozesse auch eine Reihe vormaliger Spitzendiplomaten, allen voran Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, angeklagt werden würde. Wer begreifen will, wie einem großen Teil der bald maßgeblichen westdeutschen Eliten mitsamt ihren Leitbildern, politischen Moralvorstellungen und emotionalen Bindungen der Einstieg in ein neues Zeitalter gelang, der wird kaum umhin kommen, sich mit den vergangenheitspolitischen Machinationen im Umfeld des Weizsäcker-Prozesses auseinanderzusetzen. Auch wenn der „Fall 11“ in den Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik kaum je Erwähnung findet, so ist es doch nicht übertrieben, in ihm ein heimliches Gründungsereignis des westdeutschen Teilstaates zu sehen.

Mit Weizsäcker, das jedenfalls war die Überzeugung der alten Eliten, stand der Inbegriff des treuen Staatsdieners in Nürnberg vor Gericht: Nicht der ideologische Überzeugungstäter, der opportunistische Parvenü oder der subalterne Befehlsempfänger, sondern der vermeintlich technisch-neutrale Fachbeamte sollte der Mitwirkung an den Verbrechen des „Dritten Reiches“ für schuldig erklärt werden. Genau das aber durfte aus der Sicht der „Ehemaligen“ nicht unwidersprochen bleiben, wollte man sich nicht aller Chancen für eine Verwendung in einem künftigen deutschen Außenamt begeben. Mit der Causa Weizsäcker stand das Ansehen der eigenen Kaste auf dem Spiel: das Geschick einer Elite, die sich seit jeher – und auch dies machte die Brisanz des Prozesses aus – als Inkarnation deutscher Staatlichkeit begriff.

Wer immer Hoffnung hatte, nach dem Ende der Besatzungszeit wieder eine Rolle im öffentlichen Dienst zu spielen, der musste in der Sache „United States vs. Ernst von Weizsäcker et al.“ Position beziehen. Unter der Regie von Weizäckers Verteidiger Hellmut Becker und unter Mithilfe der weitläufigen Weizsäcker-Familie – Sohn Richard wirkte als Hilfsverteidiger – zog man die Abwehrarbeit im Stil einer Public-Relations-Kampagne auf. Unterstützung erhielt Becker dabei von einem agilen Kreis ehemaliger Mitarbeiter der Wilhelmstraße. Aber auch darüber hinaus mobilisierte der „Fall 11“ die alten – und zum Teil bereits wieder neuen – Eliten. Was den wenigen wirklichen Ver-

treten des Widerstands im Auswärtigen Amt vor 1945 nicht gelungen war – nämlich die nationalprotestantische Oberschicht zu einer gemeinsamen Front gegen Hitler zu bewegen –, das wurde jetzt unter veränderten politischen Vorzeichen mit überschießendem Eifer nachgeholt: Neben Ex-Diplomaten setzten sich Kirchenfunktionäre, Politiker, Journalisten und Wissenschaftler für den angeklagten Staatssekretär ein. Ernst von Weizsäcker wuchs auf diese Weise zum tragisch gescheiterten Haupt der Opposition im Auswärtigen Amt empor, bisweilen durchaus zu seiner eigenen Verwunderung. Entgegengetreten mochte er dieser Entwicklung allerdings nicht, war ihm doch deutlich, dass es um mehr ging als um sein persönliches Schicksal: Wenn glaubhaft gemacht werden konnte, dass nicht einmal der Staatssekretär den Zweck der Juden-deportationen kannte, dann mussten alle seine Mitarbeiter als salviert gelten.

Trotz des massiven Aufgebots an Entlastungszeugen verurteilte das amerikanische Militärgericht Ernst von Weizsäcker im April 1949 wegen seiner Zustimmung zur Deportation von 6000 Juden aus Frankreich zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe. Die daraufhin sogleich angestoßene Amnestiekampagne, an deren Ende seine Haftzeit auf fünf Jahre herabgesetzt wurde, trug kompensatorisch-nationalistische Züge und war nicht einmal frei von antisemitischen Aggressionen. Im Fadenkreuz der Agitation stand Robert M. W. Kempner, der Chefankläger in Nürnberg, der sich als deutsch-jüdischer Emigrant und ehemaliger Beamter im Preußischen Innenministerium jeder erdenklichen Diffamierung ausgesetzt sah – in der „Zeit“ schließlich so sehr, dass Richard von Weizsäcker riet, davon Abstand zu nehmen, weil es den Interessen seines Vaters schade.⁸

Das Schmiermittel der jungen Bundesrepublik

Die Frage, wie es eigentlich gelingen konnte, dass mit der Bundesrepublik seit 1949 ein sich rasch festigendes und später auch nach innen liberalisierendes Staatswesen entstand, obgleich doch ein großer Teil des für diesen Neuanfang zur Verfügung stehenden Personals politisch massiv belastet war, bezeichnet nach wie vor eines der interessantesten Forschungsfelder in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Dass sich Transformationsprozesse dieser Art historisch kaum angemessen erfassen lassen, wenn man staatliche Institutionen als Apparate oder Maschinen begreift, die nach einem fixen Bauplan funktionieren, dürfte unmittelbar einleuchten. Eben dies aber war lange Zeit der Ansatz, nach dem in der Bundesrepublik Institutionengeschichte geschrieben wurde: Man fragte nach dem Aufbau und der Funktionsweise von „Karosserien“ und „Motoren“, nicht aber nach dem „Schmiermittel“, das diese am Laufen hält.⁹ Erschwerend kommt hinzu, dass jahrzehntelang bereits die Frage nach den Nachwirkungen nationalsozialistischer Prägungen und Dispositionen als ille-

⁸ Vgl. PAAA, NL Hellmut Becker, Bd. 15/1: Richard von Weizsäcker an Hellmut Becker, 20.11.1949.

⁹ Vgl. Bernhard Löffler, *Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Christof Kraus und Thomas Nicklas (Hg.), *Geschichte der Politik: Alte und neue Wege*, München 2007, S. 155-180, hier S. 164.

gitim galt, weil unterstellt wurde, es gehe darum, in Anlehnung an die marxistische Faschismustheorie die Spuren braunen Gedankenguts in den westdeutschen Behörden und Ministerien zu entlarven. Erst seit ein paar Jahren wird diese Problematik mit größerer Nüchternheit und einem gewachsenen Verständnis für den potentiellen Erkenntniswert der Untersuchung behördlicher Organisationskulturen betrachtet. Und weil die personelle Kontinuität mittlerweile so unbestritten ist wie die bürokratische Funktionsbereitschaft über politische Zäsuren hinweg, erwachsen daraus produktive neue Fragen.

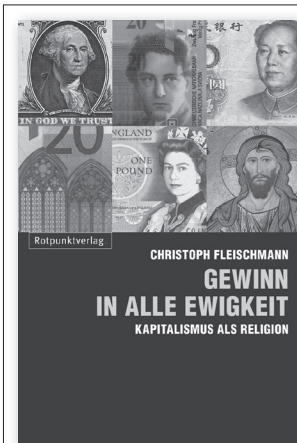
Was das Auswärtige Amt betrifft, so werden künftige Studien sicherlich noch weitere Aspekte dessen zu Tage fördern und vertiefen, was der Bericht der Historikerkommission als Grundbefund zu dokumentieren sucht: Dass im Diplomatischen Dienst so gut wie kein Aufgaben- und Gegenstandsbereich von den Nachwirkungen und Spätfolgen der NS-Zeit unberührt geblieben ist. Deren Präsenz beschränkte sich mitnichten auf unmittelbare Fragen der Außenpolitik oder der Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses, sondern sie erwies sich (und erweist sich zum Teil noch immer) in nahezu allen Bereichen der Diplomatie, der Außenhandelspolitik und der auswärtigen Kulturpolitik. Besonders wirkmächtig wurden die Erfahrungsbestände aus der Zeit vor 1945 freilich auf dem Feld der Personalpolitik und der Personalrekrutierung: Die direkte oder indirekte Beteiligung an der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik war ein kaum zu überschätzender Kohäsionsfaktor. Gerade weil die normative Distanzierung vom NS-Regime eine klare Vorbedingung für den Eintritt in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik darstellte, hielten die alten Eliten besonders fest zusammen.

Gewiss lassen sich diese Bindekräfte nicht nur für das Personal des neu aufzubauenden Auswärtigen Amtes nachweisen, sie wurden dort aber in besonderer Weise augenfällig: Noch in den sechziger und siebziger Jahren kämpfte die Personalabteilung mit den Spätfolgen einer Mitarbeiterrekrutierung, die sich seit 1949 eher unbewusst als bewusst am Selbstbild des „unpolitischen“ und damit „anständig“ gebliebenen Beamten orientiert hatte. Je sensibler die westdeutsche Öffentlichkeit und das westliche Ausland aber auf belastete Biographien reagierten, desto schwieriger wurde es nun, für kompromittiertes Personal geeignete Auslandsposten zu finden. Intern wurde deshalb ganz offen darüber geredet, dass es Kollegen gab, die prinzipiell nur im arabischen Raum oder in südamerikanischen Diktaturen einsetzbar waren.

Auf der anderen Seite lässt sich auch für den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik eine Entwicklung beobachten, wie sie für den öffentlichen Dienst insgesamt kennzeichnend war: In dem Maße, in dem seit Ende der fünfziger Jahre nicht nur das konkrete Wissen über die mitgeschleppten personellen Altlasten zunahm, sondern sich zugleich auch die Kritik an den Folgen der unter Adenauer stattgehabten Integration der alten Eliten verstärkte, fühlte sich die Mehrzahl der Beamten in ihrer demokratisch gewandelten professionellen Integrität und in ihrem korporativen Selbstverständnis tangiert. Dies mag zum Teil erklären, warum sich auch jüngere Diplomatengenerationen lange kaum dazu bereit fanden, die aus der Nachkriegszeit stammenden Selbstbilder und Legenden des Amtes kritisch zu hinterfragen.

Doch wie es scheint, ist diese Phase nun definitiv zu Ende. Dafür spricht auch die Grundstimmung des Medienhypes der vergangenen Wochen, zu dessen lehrreichsten Kapitel ein erstaunlicher, vor aller Öffentlichkeit ausgetragener Kleinkrieg im Haus der „klugen Köpfe“ gehörte: Während das Feuilleton der FAZ den Ergebnissen der Historikerkommission ebenso breite wie wohlwollende Aufmerksamkeit schenkte und, angeführt von Frank Schirmacher, in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 24. Oktober 2010 mit einer Strecke von nicht weniger als sieben Seiten sämtliche Sperrfristen durchbrach, zierte den vorderen Teil des Blattes ein von Rainer Blasius, der redaktionellen Stimme der Amtspensionäre, verfasster denunziatorischer Artikel gegen Marga Henseler, mit deren Protest gegen die „Nachrufpraxis“ alles begonnen hatte. Ziel der Attacke war freilich weniger die bald 92jährige ehemalige Amtsdolmetscherin als vielmehr die Kommission, um deren Diskreditierung sich Blasius seit Jahren bemüht. Begleitet wurden und werden diese Anstrengungen von einem festen Chor von Leserbriefschreibern, der zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrags noch fast täglich von sich hören lässt.

Und doch gewinnt man den Eindruck, als sei es um die Apologeten des alten Amtes, die sich selbst gerne als „Mumien“ bezeichnen, plötzlich einsam geworden. Denn was als Projekt Joschka Fischers in einer verfahrenen Situation geboren und unter Frank-Walter Steinmeier überhaupt erst administrativ aufs Gleis gesetzt wurde, das erscheint seit Guido Westerwelles Rede zur Entgegennahme des Kommissionsberichts wie eine vergangenheitspolitische „Ampel“ im Amt. Bleibt zu hoffen, dass dieser neue Konsens Bestand haben wird.


Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

Anzeige

Seid habgierig und mehret euch!

Dass zu unserem Wirtschaftssystem der Glaube an ein immerwährendes Wachstum gehört, das hat die Finanzkrise, einmal mehr, gezeigt. Christoph Fleischmann geht in seinem luzide und unterhaltsam geschriebenen Essay der Habgier nach, die einst als Todsünde verschrien heute Karriere als Wirtschaftstugend Nummer eins macht.

»Christoph Fleischmann hat den Bogen von italienischen Handelsherren der Renaissance bis hin zu Josef Ackermann geschlagen. Deutlich wird: Der Glaube an die Wohltaten des Kapitals vermag die Gehirne zu vernebeln oder, drastischer gesagt: Gier frisst Hirn.«

DEUTSCHLANDRADIO

Christoph Fleischmann

Gewinn in alle Ewigkeit

Kapitalismus als Religion

 288 Seiten, Klappenbroschur,
 2010, ISBN 978-3-85869-416-4,
 € 21,50